



Pressemitteilung

3. Dezember 2024

„Einen Stillstand können wir uns nicht leisten!“

Arbeitskreis Straße/Brücke der BVMB warnt vor Verzögerungen bei Neu- und Ausbau

„Es darf nicht sein, dass der Bund 2025 nur Geld für die Sanierung von Brücken und anderen Instandhaltungsmaßnahmen hat und so der ebenfalls wichtige Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen komplett zum Erliegen kommt“, kritisierten RA Jürgen Faupel, stellvertretender Präsident der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) und Geschäftsführer Daniel Jonas bei der Herbsttagung des Arbeitskreises Straße/Brücke des Verbands. Rund 90 Vertreterinnen und Vertreter der dort organisierten mittelständischen Straßen- und Brückenbauunternehmen tauschten sich dabei zu aktuellen Themen aus. Eines davon war die Unterfinanzierung von rund 1,5 Mrd. Euro pro Jahr der Autobahn GmbH des Bundes. „Wir brauchen mehr Klarheit über die Finanzmittel und Projekte für das kommende Jahr“, mahnen die beiden Verbandsvertreter. Die Planungen müssten trotz der vorläufigen Haushaltsführung ab Januar unbedingt weitergeführt werden. Andernfalls bestehe die akute Gefahr, dass immer noch mehr Brücken und Strecken plötzlich gesperrt werden müssten, was für die Wirtschaft und die Bürger „dramatische Einschränkungen“ zur Folge hätte.

Verlässliche Finanzausstattung für den Fernstraßenbau gefordert

„Wir haben größte Sorgen“, bringen Jürgen Faupel und Daniel Jonas die Stimmung der Straßen- und Brückenbauer in den Reihen der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen auf den Punkt. Dass nach dem Ampel-Aus über Monate hinweg eine vorläufige Haushaltsführung im Bund bestehe, sehen sie als „erhebliche Gefahr für die Funktionsfähigkeit der Infrastruktur unseres Landes“. Bis der Bundeshaushalt 2025 durch die neu gewählte Bundesregierung beschlossen wird, wird man sich an den besonders im Bereich der Autobahn unzureichenden Haushaltsansätzen des Vorjahres orientieren müssen. „Es kommen mehrere Monate auf uns zu, in denen mutmaßlich weniger geplant und ausgeschrieben wird. Das ist Gift für die Infrastruktur und für die Straßen- und Brückenbauer“, kritisiert Jonas. Aufgrund des Wahltermines ist absehbar, dass es bis zum Sommer keinen beschlussfähigen Haushalt geben wird. „Diesem Umstand muss bei der konkreten Ausgestaltung der vorläufigen Haushaltsführung Rechnung getragen werden, damit im Ergebnis mehr als die in der Regel angesetzten ein Zwölftel der vorgesehenen Haushaltsansätze monatlich zur Verfügung stehen“, fordert Jonas.

Separates Finanzierungsgerüst für jeden Verkehrsträger notwendig

Im Rahmen einer vorläufigen Haushaltsführung sind neue Maßnahmen in der Regel nur eingeschränkt oder unter bestimmten Bedingungen möglich. „Sollte das Investitionsbudget der Autobahn GmbH aber weiterhin nicht aufgestockt werden, besteht die Gefahr, dass die verfügbaren Mittel künftig fast ausschließlich in die Brücken fließen – ohne aber gleichzeitig die Ziele des Brückenmodernisierungsprogramms auch nur annähernd zu erreichen – während gleichwohl auch der Straßenoberbau stark vernachlässigt wird. Dies hätte schwerwiegende Folgen, denn ein Großteil der mittelständisch geprägten Bauwirtschaft in Deutschland ist im Straßenoberbau tätig“, so Jonas.

Der Arbeitskreis fordert grundsätzlich eine verlässliche, realitätsnahe und bedarfsgerechte Finanzausstattung der Autobahn GmbH durch den Bund. Darüber hinaus seien Lösungen erforderlich, damit das jährliche Zittern um die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ende und mehr Planungssicherheit für Auftraggeber und Bauwirtschaft erreicht werde. „Die verschiedenen Verkehrsträger dürfen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden“, ergänzt Faupel. Als Beispiel hierfür nennen sie den Aufbruch des Finanzierungskreislaufs Straße: Teile der Einnahmen aus der Lkw-Maut würden vom Straßenbau abgezogen und in den Bereich Schiene verlagert – die sicherlich auch großen Bedarf hat. Stattdessen fordert der BVMB-Arbeitskreis für jeden Verkehrsträger ein separates Finanzierungsgerüst, damit Auftraggeber und Bauwirtschaft mehr Planungssicherheit haben und die Funktionsfähigkeit der Verkehrswege nachhaltig gesichert wird.

RA Dirk Stauf

Bundesvereinigung Mittelständischer
Bauunternehmen e.V.
Königswinterer Straße 329
53227 Bonn
Tel.: 0228 91185-16
E-Mail: stauf@bvmb.de

BVMB

Die BVMB ist ein bundesweit tätiger, tarifpolitisch ungebundener Wirtschaftsverband, der die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen seiner mittelständischen Mitgliedsunternehmen auf politischer Ebene sowie gegenüber Auftraggebern aus allen Baubereichen vertritt. Bereits seit 1964 setzt sich die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) für die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft ein. Unsere Mitgliedsunternehmen erwirtschaften mit ihren insgesamt mehr als 250.000 Mitarbeitern ein Umsatzvolumen von rund 30 Mrd. Euro pro Jahr. Aufgrund der Strukturen unserer Mitgliedsunternehmen – von kleineren und größeren – bis hin zu sehr großen Straßen-, Brücken-, Hoch-, Erd-, Gleisbau- oder Bahnsicherungsunternehmen sowie deren Lieferanten, deckt die BVMB einen Großteil des Spektrums der deutschen Bauwirtschaft ab.